

2025/I/Kul/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Tor zur Einheit: Hamburgs Zukunftsplan für Ost-West-Integration

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung die Bürgerschaftsfraktion der SPD Hamburg folgenden Maßnahmen zur Prüfung für eine deutsche Einheit 2.0 beschließen: 1. "Hamburger Élysée für Ost-West": Ein Freundschaftsvertrag für innerdeutsche Verständigung einrichten: Schaffung eines institutionalisierten Rahmens für regelmäßige Austauschformate zwischen Hamburg und ausgewählten ostdeutschen Partnerstädten (etwa Dresden). Dies beinhaltet beispielsweise regelmäßige Treffen auf politischer Ebene, Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Austauschprogramme für Schüler, Studenten und junge Berufstätige, gemeinsame Wirtschaftsinitiativen und Forschungsprojekte sowie kulturelle Kooperationen und Festivals, engerer Austausch der bezirklichen/kommunalen Verwaltungsebenen. Das fördert das gegenseitige Verständnis und schafft praktische Verbindungen.

2. "Ostdeutsche Perspektiven in der Hamburger Bildung": Integration von Themen zur DDR-Geschichte, der Nachwendezeit und ostdeutschen Erfahrungen in Hamburger Lehrpläne. Förderung von Schulpartnerschaften und Austauschprogrammen mit ostdeutschen Schulen, um jungen Hamburgern einen direkten Einblick zu ermöglichen, sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland.

3. "Hamburger Innovationsbrücke Ost-West": Einrichtung eines Förderprogramms für Start-ups und Unternehmen, die Kooperationen zwischen Hamburg und ostdeutschen Regionen aufbauen. Besonderer Fokus liegt auf der Integration Sachsens in eine neue europäische Wachstumsregion, die von der energiereichen Nord- und Ostsee über Hamburg, Berlin und Sachsen bis nach Prag, Wien und Krakau reicht. Durch die Stärkung dieser Verbindung können wir gemeinsam Innovationspotenziale heben und wirtschaftliche Synergien nutzen. Dies umfasst Bereiche wie grüne Technologien, erneuerbare Energien und digitale Innovationen und stärkt Hamburgs Rolle als Wirtschaftsmotor in Europa. 4. "Diversität in Hamburger Behörden stärken": Förderung einer vielfältigen Personalstruktur in Hamburger Verwaltungen und öffentlichen Institutionen, die die unterschiedlichen Biografien und Erfahrungen aus ganz Deutschland widerspiegelt. Dies beinhaltet gezielte Maßnahmen zur Einstellung und Entwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit verschiedenen regionalen Hintergründen, um die Verwaltung repräsentativer zu gestalten und vielfältige Perspektiven in Entscheidungsprozesse einzubringen.

5. "Kulturaustausch Hamburg-Ostdeutschland": Initiierung eines jährlichen Kulturfestivals mit

ostdeutschen Partnern, um Künstler, Musiker und Autoren nach Hamburg bringt und umgekehrt Hamburger Kulturschaffende in den Osten sendet. Durch Einbindung von Bürgerinitiativen und lokalen Kulturvereinen soll der Austausch auf breiter Basis stattfinden und die Bevölkerung aktiv einbeziehen. Dies fördert den kulturellen Austausch und baut Vorurteile ab.

6. "Zukunftszentrum für gesamtdeutsche Fragen": Hamburg beteiligt sich aktiv an der Entwicklung und Unterstützung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit in Halle. Durch die Einbringung eigener Ressourcen und Expertise trägt Hamburg zur Erforschung der langfristigen Auswirkungen der Wiedervereinigung bei und entwickelt gemeinsam mit anderen Bundesländern Politikempfehlungen für eine bessere Integration. Dies stärkt die gesamtdeutsche Zusammenarbeit und erhöht die Wirksamkeit der Maßnahmen.

7. "Hamburger Zukunftsfonds Ost-West-Kooperation": Einrichtung eines speziellen Investitionsfonds, der gezielt in gemeinsame Projekte zwischen Hamburg und ostdeutschen Regionen investiert. Der Fokus sollte auf Bereichen liegen, die für Hamburgs Zukunft besonders relevant sind, wie: - Hafenlogistik und nachhaltige Transportketten - Erneuerbare Energien und Wasserstofftechnologie - Digitale Innovationen für Städte der Zukunft - Ernährung und Tourismus

8. "Stiftungskooperation für Demokratie und Vielfalt": Hamburg initiiert einen Dialog mit Hamburger (und Bremer) Stiftungen, um sie für die Unterstützung von ostdeutschen Vereinen zu gewinnen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren. Durch Informationsveranstaltungen, Netzwerkbildung und gemeinsame Projekte sollen Möglichkeiten für Kooperationen geschaffen werden. Ziel ist es, die Stiftungen auf die Bedürfnisse ostdeutscher zivilgesellschaftlicher Initiativen aufmerksam zu machen und Synergien zu fördern, ohne ihre Unabhängigkeit einzuschränken.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion